



Mieter helfen Mietern Hamburger Mieterverein e.V.
27.11.2015

Olympische Spiele 2024 in Hamburg?

Feuer und Flamme auch für Mieter/innen?

Ein weltweites, internationales Sportfest in Hamburg – wer könnte da schon Nein sagen? Nicht nur hartgesottene Sportfans freuen sich auf 16 Tage mit Wettkämpfen der unterschiedlichsten Art.

Für manche ist es zudem ein sehr einträgliches Geschäft. Die Austragungsorte selber erhoffen sich Entwicklungsimpulse für ihre Stadt. So auch Hamburg. Hier soll Olympia u.a. die Stadtentwicklung beflügeln, der Kleine Grasbrook soll in 20-25 Jahren ein Stadtteil mit 8.000 Wohnungen werden. Neue Sport- und Spielstätten sollen entstehen, alte immerhin teilweise saniert werden. Der Tourismus und die Bekanntheit der Stadt sollen verstärkt werden. Die Spiele sollen zudem „grün“ werden, angefangen bei dem Ausbau des Fahrradwegenetzes. Kosten soll das alles angeblich 11,2 Mrd. Euro. Dieser schon recht hohe Betrag dürfte noch zu niedrig angesetzt sein. Schon in London waren 2012 die Kosten für die Sicherheit der Spiele dreimal so hoch wie jetzt von Hamburg kalkuliert. Hamburg kann von den Gesamtkosten laut Bürgermeister Scholz nur maximal 1,2 Mrd. Jahre, gestreckt über sechs Jahre, selbst tragen. Den Rest in Höhe von 10 Mrd. Euro sollen der Bund und die Wirtschaft übernehmen. Zusagen gibt es bislang allerdings keine. Ob die Erwartungen in Erfüllung gehen, kann zum jetzigen Zeitpunkt niemand ernsthaft versprechen. Bis zur Austragung werden jährlich mindestens 200 Millionen Euro des Hamburger Haushaltes für andere, etwa soziale Zwecke, nicht zur Verfügung stehen. Es bleiben erhebliche finanzielle Risiken für die Stadt.

Hamburg würde sich durch Olympia auf jeden Fall verändern. Zwar sind auch ohne Olympia in den nächsten neun Jahren Preissteigerungen bei Mieten und Grundstücken zu erwarten. Ein Teil dieser Mietsteigerungen wird aber unstreitig der Ankündigung geschuldet sein, dass die Olympischen Spiele 2024 hier stattfinden soll. Fraglich ist, ob es Möglichkeiten und den Willen zum Gegensteuern gibt. Kann Hamburg die Preissteigerungen in einem erträglichen, bezahlbaren Rahmen halten, das Spekulantentum einschränken und die weniger gut situierten Haushalte vor Verdrängung schützen? Der aktuell veröffentlichte Mietenspiegel und die deutlichen Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Wohnungslosen und Flüchtlingen machen deutlich, dass dies schon ohne Olympia schwer gelingt.

In der Broschüre zum Referendum verweist die SPD auf die Mietpreisbremse und die soziale Erhaltensverordnung als Mittel, um „Verdrängung und exorbitante Mietpreissteigerungen im Zaum“ zu halten. Eine irreführende Mogelpackung, denn die Mietpreisbremse gilt bisher nur für fünf Jahre und läuft schon Mitte 2020 aus. Aber selbst wenn sie verlängert würde, müsste nachgebessert werden. Die jetzt geltenden Ausnahmeregelungen müssten gestrichen und Mietpreisüberhöhungen – wie früher in § 5 WiStG – sanktioniert werden. Nicht einmal derart positive Signale werden für Hamburgs Mieter gesetzt.



Soziale Erhaltensverordnungen sind gut und wichtig, aber leider kein Instrument zur Mietpreisregulierung. Mit ihr können u.a. Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen erschwert und Luxusmodernisierungen eingeschränkt werden mit dem Ziel die Zusammensetzung der Bevölkerung zu erhalten und vor Verdrängung zu schützen. Ohne Personalaufstockungen in den Bezirksämtern ist selbst dieser Anspruch schwer erfüllbar.

Auch das Problem der Ferienwohnungsnutzung ist nicht geklärt. Für Touristen sicherlich eine attraktive Alternative zu Hotels, für Vermieter und Mieter eine verlockende Einnahmequelle. Für den Hamburger Wohnungsmarkt und seine Mieter jedoch ein Verlustgeschäft. Noch mehr Wohnungen als jetzt schon werden mit Hinblick auf die weit einträglichere Vermietung an Touristen und Gäste rechtzeitig vor den olympischen Spielen aus dem Markt genommen werden. Und die Wohnraumschutzabteilungen der Ämter sind bereits jetzt vollkommen überfordert, die illegale Praxis zu verfolgen und abzustellen.

Ein paar Wochen Olympia in Hamburg stellen für viele Hamburger Mieter ein Risiko weiterer Kostensteigerungen, sozialer Einbußen und Verdrängungen dar.

Das Herz sagt ja – die Vernunft aber nein!

